

Pressehütte feiert Friedensnobelpreis

Ein Atomwaffenverbotsvertrag hat dazu geführt, dass die Anti-Atomwaffen-Kampagne von Oslo ausgezeichnet wurde

In der Friedenswerkstatt in Mutlangen wurde mit einem Gläschen Sekt auf die Vergabe des Friedensnobelpreises an ICAN (Internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung) angestoßen. 215 Personen und 103 Organisationen waren insgesamt für den Preis vorgeschlagen.

VON EDDA ESCHELBACH

MUTLANGEN. ICAN ist eine Anti-Atomwaffen-Kampagne, an der rund 450 Friedensgruppen und Organisationen beteiligt sind. Eine davon ist die Pressehütte in Mutlangen. Dort kämpfen die Mitglieder seit rund 30 Jahren gegen Atomwaffen. Die Friedenswerkstatt gehört auch dem Friedensnetzwerk Abolition 2000 an – zusammen mit rund 2000 Friedensgruppen, die nukleare Waffen abschaffen wollen. Und dort, erklärt Wolfgang Schlupp-Hauck von der Pressehütte, sei der Entwurf für eine Nuklearwaffenkonzeption entstanden. In diesem Vertrag sollen Atomwaffen verboten werden und auch ein Zeitraum festgelegt werden, bis wann sie abgeschafft sein müssen.

„Der Vertragsentwurf sei der UNO 1995 von Costa Rica vorgelegt worden, sei aber nie über den Vorschlagstext hinausgekommen, da die UNO nur einstimmige Beschlüsse vorsieht. Die Länder, die derzeit über Atomwaffen verfügen, haben das natürlich strikt abgelehnt.“ ICAN hat 2007 diesen Vertrag überarbeitet. Die Idee dahinter: Dem Atomwaffenverbotsvertrag kann beitreten, wer das will. Damit gelte das Mehrheitsprinzip. Schlupp-Hauck: „Damit können die Atomwaffenstaaten das nicht mehr blockieren.“ Über den Vertrag wurde von 122 Staaten verhandelt.

Auf die Initiative von ICAN hin, haben



In der Mutlanger Pressehütte gab es einen Grund zum Feiern: Der Friedensnobelpreis wurde an die Friedensorganisation ICAN, zu der die Friedenswerkstatt gehört, vergeben. Die Verleihung findet im Dezember statt. Von links nach rechts: Christa Schmaus, Silvia Bopp, Marianne Späh, Pual Späh (sitzend), Uwe Glund, Volker Nick, Wolfgang Schlupp-Hauck.
Foto: pressehütte

Norwegen, Mexiko und Österreich über die Vertretbarkeit von Besitz und Einsatz atomarer Waffen diskutiert – Österreich versprach daraufhin, die bestehende Lücke zu schließen. (Es gibt bis dato keine Verträge für ein Verbot von Chemiewaffen, Tretninen und Streumunition, nicht aber für Nuklearwaffen.)

Inzwischen haben 50 Regierungschefs den Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben. Ratifiziert – also von den jeweiligen Parlamenten angenommen – wurde er bislang von „einer handvoll Staaten“, sagt Wolfgang Schlupp-Hauck. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald er von 50 Staaten ratifiziert wurde.

Angesichts der Drohgebärden zwischen den USA und Nordkorea sagt Schlupp-Hauck: „Ich hoffe, dass der Ausstieg nicht erst nach einem Atomkrieg kommen wird.“ Das wäre für ihn das schlimmste Szenario. Gleichwohl sehe er eine große Gefahr, die von diesem Machtkampf zwischen Trump und Kim Jong-un ausgeht.

Er weiß: „Die gesellschaftliche Wahrnehmung hat sich verändert seit dem Ende des Kalten Krieges.“ Die Verleihung des Nobelpreises habe ICAN mehr Aufmerksamkeit in den Medien beschert. Und damit auch auf Forderungen gelenkt, wie den Abzug der 20 amerikanischen Atombomben in Büchel, ein Atomwaffen-

verbot in Deutschland und eine technische Aufrüstung der vorhandenen Waffen.

Weltweit dürfen, erklärt Schlupp-Hauck, nach dem Atomwaffensperrvertrag nur die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich Atomwaffen besitzen. Irak, Indien und Pakistan haben Nuklearwaffen. Sie waren nie im Sperrvertrag. Und Nordkorea hat den Vertrag aufgekündigt.

Auch 30 Jahre nach dem Abzug der Pershings hat die Friedenswerkstatt noch viel zu tun: „Wir wollen mehr Menschen nach Büchel bringen, dass die Atombomben dort wegkommen.“